

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Křižanova 18 • Tel.: 26705, 31469, Nachdruck: (ab II Uhr): 33858 • Postamt: 57544

12. Jahrgang.

Freitag, 27. Mai 1932

Nr. 125.

## Nazis „retten“ die Beamten.

Vor und nach den Wahlen.  
Unerhörter Zynismus.

In Mecklenburg-Strelitz haben vor einigen Wochen Nationalsozialisten und Deutsche nationale bei den Landtagswahlen die Mehrheit erlangt und haben eine „nationale“ Regierung gebildet. Unter denen, die ihre Hoffnungen auf die Nazis gesetzt haben, waren vor allem die Beamten — auf die halbkreisförmigen Wahlversprechungen vertrauend. Eine der ersten Taten der Nazis aber war folgender im Landtag eingebrachter Antrag:

1. Alle Stellenzulagen für die Beamten des Staates und der Gemeinden fallen fort. 2. Alle Grundgehälter und Wohnungsgeldzuschüsse von 5000 Mark aufwärts werden um 5 bis 10 Prozent gekürzt. Nur wer 4 und mehr minderjährige Kinder hat, ist hier von ausgenommen. 3. Allen Beamten, Vorgesetzten und Ruhegehaltsempfängern werden alle Nebeneinkünfte öffentlich und privater Natur auf ihre Dienstbezüge voll angerechnet.

So sieht die Regierungskunst der Nazis aus! So erfüllen sie ihre Wahlversprechungen! So „retten“ sie die Beamten! Beginn des Dritten Reichs: Kürzung der Bezüge der Beamten! Das ist aber nur ein kleines Kapitel aus dem Schandbuch nationalstiller Regierungstätigkeit in diesem Lande, dessen anderen Kapitel lauten: gierige Postenstapelerei, Verschwendung der Staatsvermögen, soziale Reaktion, neue Steuern, Erdrückung der Gemeinden.

Das Schlimmste jedoch ist der Zynismus, mit dem diese Taten von den Nazis verteidigt werden. So hat in der Vorantrittsdebatte im Strelitzer Landtag der Naziminister, Staatsrat v. Lingelsheim, erklärt:

„Die Beihilfen an die römisch-katholischen Pfarrgemeinden sind zu streichen. Wer uns bekämpft, soll dafür auch die Kosten aufbringen... Man hat unsere Landwirtschaftsanträge kritisiert und gesagt, wir hätten im Lande vor den Wahlen etwas anderes versprochen. Man will aber in der Entwicklung einer politischen Bewegung zweierlei unterscheiden: Erstens, die Vorbereitung der Volkspolizei und zweitens, die Anpassung an die realen Möglichkeiten...“

Ironischer und frecher hat noch keiner der Volksbetrüger sein schmutziges Handwerk so offen dargestellt, wie dieser Naziminister. Deutschland, erwache!...

## Das Hooverjahr geht zu Ende.

Amerikanisch-französische Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Zinsendienstes.

London, 26. Mai. Der Pariser Korrespondent der „Times“ weiß zu melden, daß zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung Verhandlungen wegen der Wiederaufnahme der Kriegsschuldentzahlungen und der Abschaffung der durch das Hoover-Moratorium geschaffenen Annullitäten im Gange seien. Von sehr zuverlässiger Seite verlautet, daß demnächst eine Vereinbarung abgeschlossen werden dürfte, die wahrscheinlich mit der bevorstehenden Vereinbarung zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten übereinstimmen werde.

Der Korrespondent glaubt feststellen zu können, daß Frankreich sehr durchaus bereit sein würde, auch auf den letzten Pfennig auf Reparationen zu verzichten, falls die Gewissheit einer allgemeinen Annulierung der Kriegsschulden bestünde. Es sei deshalb kaum zweifelhaft, daß die jetzt mit den Vereinigten Staaten im Gange befindlichen Verhandlungen im wesentlichen technischen Charakter hätten.

## Nidtritt des Memeldirektoriums

Memel, 26. Mai. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, hat Landespräsident Samaitis heute vormittags dem Gouverneur des Memelgebietes das Nidtrittsgesuch des Memeldirektoriums überreicht. Der Gouverneur hat den Nidtritt angenommen und das Ministerium Samaitis beauftragt, die Geschäfte so lange weiterzuführen, bis er einen neuen Präsidenten ernannt haben wird.

## Kanzler und Reichspräsident.

Entscheidende Aussprache am Sonntag.

Berlin, 26. Mai. In Vorkreisen nicht nur in Berlin, auch im Reich waren heute Gerüchte über den Nidtritt Dr. Brüning's verbreitet; man nannte schon angebliche Nachfolger. Wie das Contibüro feststellt, sind diese Gerüchte vollkommen falsch.

Tatsache ist, daß Staatssekretär Meißner dem Reichspräsidenten in Rendsch einen eingehenden Vortrag über die vom Kabinett vorbereitete Notverordnung und die politische Situation überhand gehalten hat, wie sie sich in Berlin während Hindenburgs Abwesenheit gestaltet hat. Diese Besprechung in Rendsch ist als Zwischenbericht und Vorbereitung der entscheidenden Aussprache zu verstehen, die der Reichskanzler voraussichtlich am Sonntag in Berlin mit dem Reichspräsidenten haben wird und in der der ganze Fragenkomplex geklärt werden soll, der mit der Notverordnung und der Stellung des Kabinetts Brüning zusammenhängt.

In der Unterredung mit dem Staatssekretär Meißner hat der Reichspräsident eine Reihe von Wünschen geäußert, die sich auf die Gestaltung der Notverordnung beziehen. Die Reichsregierung dürfte die nächsten Tage dazu benötigen, um die Notverordnung den Wünschen des Reichspräsidenten anzupassen. Sie beziehen sich vor allem darauf, daß keine weitere Kürzung der Kriegsschulden eintritt. Nach Meldungen der Reichspresse soll der Reichspräsident auch gegen die Siedlungspläne der Reichsregierung, soweit sie Enteignung von Grundbesitz betreffen, gewisse Bedenken haben.

Welche Ergebnisse die Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten haben wird, läßt sich heute natürlich noch nicht voraussagen, doch ist es selbstverständlich, daß die grundlegenden und personellen Fragen der Reichspolitik vor der Reparationskonferenz geklärt werden müssen, weil in Lausanne nur ein Kanzler und Außenminister auf Erfolg rechnen kann, der mit aller verfügbaren Autorität austritt. Da auch innerpolitisch eine starke Reichsgewalt unter allen Umständen erforderlich scheint, dürfte dieser Gesichtspunkt in der Aussprache zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten eine nicht unwesentliche Rolle spielen, indem er dazu beiträgt, eine sachliche Verständigung über die schwebenden Fragen zu fördern. Der Reichspräsident soll vor allem Wert darauf legen, daß das Innenministerium mit einer starken und autoritativen Persönlichkeit besetzt wird. Das ist eine Forderung, von der auch der Kanzler durchdrungen sein dürfte.

Der demokratische „Vorkourier“ verzeichnet die Meldung, daß Reichspräsident Hindenburg auf seinem Landgut in Rendsch einem Aufbruch von allen Seiten ausgeht sei; alle interessierten Kreise bemühen sich, sich im letzten Augenblicke auf die weitere Entwicklung der Dinge zu sichern. Das Blatt fügt jedoch hinzu, es wäre vorzuziehen, wenn einer der Reichsregierungen zu sprechen. Die Entscheidung werde erst am Sonntag bei der Audienz Brüning's bei Hindenburg fallen.

## Dolchstoß in den Rücken der Sowjetunion!

Der Verrat der französischen Kommunisten.

Die steigende Kriegsgefahr im Fernen Osten, die alle Kräfte des Proletariats zum Schutze des Weltfriedens und vor allem der Sowjetunion auf den Plan ruft, läßt auch der Regierungsbildung in Frankreich eine besondere Bedeutung zukommen. Wahrscheinlich wird in Frankreich eine Koalition der Radikalen mit den Parteien der Mitte gebildet werden, also eine Regierung, in der neben Herrriot noch immer Tardieu ein entscheidendes Wort sprechen, vielleicht sogar Herrriot an die Wand drücken wird. Schon seine letzten Erklärungen beweisen ja, daß Herrriot nicht an Abrüstung und Verständigung denkt. Dieser Lauf der Dinge bedeutet eine schwere Gefahr für Rußland, an dessen europäischer Grenze die Vasallen Frankreichs schwerkriegsgerüstet stehen.

So wird vor allem unter einer französischen nationalistischen Regierung die geplante polnische Anleihe zustandekommen, die ein Linkstaktik niemals gewährt hätte.

Polen braucht für seine antideutschen und antirussischen Rüstungen dringend Geld, das es nur in Frankreich, aber auch in Frankreich nur von einer nationalistischen Regierung bekommt, das es niemals von einer Regierung erhalten kann, in der Sozialisten sitzen.

Daß es aber in Frankreich zu einer nationalistischen und nicht zu einer Linkstaktik komme, dazu haben die französischen Kommunisten nach Kräften geholfen. Haben sie doch die Sozialdemokratie in 13 Wahlkreisen um den Sieg gebracht, in zwölf Wahlkreisen einem ausgesprochenen Reaktionär, in einem dem radikalen Kandidaten zum Siege über den Sozialisten verholfen.

Folgende Tabelle zeigt, wie in den 13 Wahlkreisen die Sonderkandidatur der Kommunisten dem Kandidaten der Reaktion zum Siege verholfen hat:

Wahlkreis:	Den Sozialisten gehilfen zur absoluten Mehrheit: Stimmen	Der Kommunist erhielt: Stimmen
Paris (4) . . .	114	1212
Paris (12) . . .	171	1208
Mos . . . . .	790	2232
Senlis . . . . .	28	980

Wahlkreis:	Den Sozialisten gehilfen zur absoluten Mehrheit: Stimmen	Der Kommunist erhielt: Stimmen
Boulogne-Billancourt . . . . .	121	2880
Béthune . . . . .	20	797
Strasbourg (2) . . . . .	384	494
Am . . . . .	14	258
Douai . . . . .	335	451
Lüttich . . . . .	683	825
Lille (5) . . . . .	95	1125
Lille (6) . . . . .	533	1727
Cote d'or . . . . .	132	146

Wie man sieht, hätte es in einigen Wahlkreisen genügt, ein paar kommunistische Wähler abzukommandieren, um den Kandidaten der Reaktion zu schlagen. Aber die Kommunisten hielten ihre jämmerlichen Kandidaturen aufrecht, um dem Reaktionär zu einem billigen Sieg zu verhelfen. Dabei haben die Kommunisten aus eigener Kraft ein einziges Mandat errungen, die übrigen neun nur mit Hilfe der Sozialdemokraten! Ohne die Hilfe der Sozialdemokratie hätten die Kommunisten einen einzigen Mann in der Kammer, sie aber bringen 13 Sozialdemokraten zu Falle.

Nehmen wir an, die Kommunisten hätten in den 13 Wahlkreisen keinen Massenverrat geübt. Dann wären nicht die Radikalen, sondern die Sozialisten die eigentlichen Sieger des 8. Mai geworden, dann hätten die Sozialdemokraten 42, die Radikalen nur 39 Sitze gewonnen (statt 29 und 40). Die Kabinettsbildung wäre anders ausgefallen, das Linkskabinett wäre nicht zu umgehen gewesen und wenn gar statt der 10 Kommunisten und der 11 unabhängigen Kommunisten 21 Sozialisten mehr in der Kammer säßen, wären die Sozialisten mit 164 Mandaten die stärkste Partei!

Das würde aber bedeuten, daß Polen keine Anleihe bekäme, daß Frankreich nicht mit Japan paktieren und den Gegnern Rußlands keine Waffen liefern würde. Es würde die Sicherheit Rußlands bedeutend erhöhen. Daß es nicht dahin kommt, daß Herrriot mit Tardieu regieren, Pilsudski die Anleihe gewährt, Japan, Polen und Rumänien Waffen liefern wird, das haben die Arbeiter und hat Rußland dem Dolchstoß der französischen Kommunisten zu danken, der gegen die Sozialdemokratie geführt wurde und Rußland mit getroffen hat!

## Was soll die nationale Hetze?

Zur Feststellung der Verantwortlichkeit.

Jeder Befürworter der nationalen Zusammenarbeit in diesem Staate muß mit Besorgnis feststellen, daß auf beiden Seiten Elemente am Werke sind, in der schwülen Atmosphäre des chronischen Krisenzustandes den Zündstoff für einen neuen Ausbruch der nationalen Leidenschaften zusammenzutragen. Extreme Minderheiten wird es immer und überall geben, aber es ist ein schlimmes Zeichen der Zeit, wenn große und verantwortungsvolle Parteien mit fliegenden Fahnen in den Wettkampf mit berufsmäßigen nationalen Hetzern ziehen. Was soll man dazu sagen, wenn die Partei des Ministerpräsidenten in ihrer Presse geradezu eine Kriegsberichterstattung aus dem „verdenschten“ Gebieten einrichtet und wenn der „Venkov“ ganz im Stile der Striktpresse ohne den Schimmer eines Beweises über die Lage der tschechischen Minderheiten folgendes behauptet:

„Ausnahmslos belagert sie sich darüber, daß die Halbkreuzler, die Deutschen und die deutschen Sozialdemokraten sich in unseren Minderheitsgebieten ständig gefährlicher antisozialistischer und antisozialistischer Provokationen schuldig machen und sogar zu Gewalttaten greifen.“

Da hört sich schon die Gemütslichkeit auf, die deutschen Sozialdemokraten dafür verantwortlich zu machen, wenn irgendwo in Nordböhmen Halbkreuzer ausgehakt werden oder wenn von Lauscha ein „Freiheitslinde“ der tschechischen Minderheit von Böhm.-Leipa beschädigt wird. Wir tragen keine Verantwortung für das Tun und Lassen der Halbkreuzler, so wenig wir die Verantwortung übernehmen für die Haupt- und Staatsaktion, die gegen sie von den Behörden augenblicklich durchgeführt wird. Es gehört aber schon eine tüchtige Portion bösen Willens dazu, die große Verständigungspartei des sudetendeutschen Volkes in einen Topf zu werfen mit unreifen Phantasten, die für das dritte Reich schwärmen. Was würde das tschechische Volk dazu sagen, wenn wir vor den deutschen Bevölkerung Masaryk und Strikbrub, Professor Rohl und Gajda auf eine Linie stellen würden? Es ist Brunnenvergiftung schlimmster Sorte, die da der „Venkov“ betreibt und selbst die deutschagrarische „Landpost“ hat ihm in den letzten Tagen beiseite, daß er über deutsche Angelegenheiten mit ausgesprochenen Böswilligkeit referiert.

Ein zweier Sorten, die nationalistischen Instinkte zu entfachen, sind gewissen Leuten die bevorstehenden Sokolfeierlichkeiten in Prag. Man müßte in die Blindheit des deutschen Bürgertums verfallen, wollte man verkennen, welche große Rolle der Sokol im Leben des tschechischen Volkes spielt. Der scharfe Wettbewerb zwischen Sokolturnern und Arbeiterturnern hat Sport und Leibesübungen im anderen nationalen Lager in wahrlich beneidenswertem Umfang gefördert. Wenn heute jedes tschechische Landstädtchen herliche Spielplätze und schöne Turnhallen besitzt, so wäre das für die Deutschen in diesem Staate eher ein Grund zur Nachahmung als zur Gegnerschaft. Abgesehen von der scharfen Klassenmäßigen Abgrenzung, welche jede bürgerlich-nationale Turnbewegung von der Arbeiterbewegung trennt, haben wir keinen Grund, die Sokolveranstaltungen mit nationaler Feindseligkeit zu betrachten. Mit um so größerer Berechtigung können wir uns aber gegen jene Bestrebungen verwahren, die aus den Sokolfeiern eine nationale Kampfundgebung gegen die deutschen Bürger der Republik machen möchten. Es war kein guter Auktast, daß durch „freiwillige“ Beschlüsse der Prager Kinobesitzer die deutschen Tonfilme von den Augen der Sokolgäste verbannt wurden. Begrüßenswert wäre es gewesen, aus gesprochenen Schundfilme ohne Unterschied der









